

Rede anlässlich der Einbringung des Haushalts der VG Wörrstadt am 12 Dezember 2019

(es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Verbandsgemeinderates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
sehr geehrte Zuhörer,

traditionell werden zum Ende des Jahres die Planungen für das neue Jahr den Gremien vorgelegt und noch Beschlüsse gefasst, welche bis zum Ende des Jahres vorliegen sollen. So auch bei uns in der Verbandsgemeinde.

Aus diesen Grund haben wir immer vor Weihnachten eine Sitzung mit einer umfangreichen Tagesordnung und vielen verschiedenen Themen, u.a. auch der Verabschiedung unseres Haushaltes und der Wirtschaftspläne für 2020. Diese Tradition wollen wir natürlich auch dieses Jahr fortsetzen, weshalb sie von uns extra eine lange Tagesordnung erhalten haben, welche wir vorhin auch noch erweiterten.

Im letzten Jahr hatte ich ausgeführt, dass wir nach einem langen „Schwebezustand“ nun eine Bundesregierung haben. In diesem Jahr kann ich sagen, dass wir noch eine Bundesregierung haben. Mal sehen, was die Zukunft bringt.

Insgesamt endet in einigen Wochen das zweite Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Im Rückblick betrachtet war es ein Jahrzehnt der Umbrüche, der Unsicherheiten, Unzufriedenheiten, des Nationalismus oder auch der Spaltung von Gesellschaften und der Welt insgesamt. Demgegenüber sind wir alle unserem Ziel, eine zukunftsfähige, sichere, nachhaltige Welt zu schaffen, in der alle Menschen sicher, glücklich und mit den Grundbedürfnissen versorgt leben können, keinen Schritt näher gekommen.

Wenn wir uns die aktuellen Entwicklungen in Europa und der Welt ansehen, dann blicken wir sorgenvoll auf das kommende Jahrzehnt.

Vor einem Jahr hatte ich gesagt, dass der Brexit und das Verhalten Großbritanniens einem Drama in mehreren Akten gleicht und genau heute finden in Großbritannien mal wieder Parlamentswahlen statt. Ein weiterer Akt kommt also heute hinzu. Wer hätte gedacht, dass uns dieses Thema mit seinen Auswirkungen bis zu den Firmen in unserer Verbandsgemeinde heute immer noch so beschäftigt.

Für Frankreich führte ich aus, dass Präsident Macron mit fast nicht lösbaren innenpolitischen Konflikten kämpft und in dieser Woche finden die größten Streiks in unserem Nachbarland seit Jahren statt.

In Italien, auch einem Wirtschaftspartner von Firmen aus unserer Verbandsgemeinde, haben wir eine neue Regierung an der Macht und es scheint aktuell wenigstens etwas gesitteter zu laufen.

Bei der EZB hat die neue Präsidentin Lagarde in dieser Woche verkündet, dass sie die Strategie der EZB auf den Prüfstand stellen will. Ob dies nun bedeutet, dass es

nach Jahren mittelfristig wieder zu steigenden Zinsen kommen könnte und die Flut des Marktes mit Geld verringert wird, bleibt abzuwarten. Würden die Zinsen steigen, gäbe es zwar vielleicht mal wieder Zinsen auf Guthaben. Auf der anderen Seite müssten wir aber dann mehr Zinsen für unsere Kredite aufwenden, was sich in unseren Haushalten bemerkbar machen würde. Auch vor diesem Hintergrund sollten wir eine solide, langfristig planbare und konstante Haushaltspolitik verfolgen und nicht den kurzfristigen, aber längerfristig fragwürdigen Applaus manch Betroffener suchen.

Dies wird noch dadurch untermauert, dass wir uns immer noch mitten in einem Handelskrieg zwischen China und den USA befinden, der auch Auswirkungen auf Europa und auf unsere Entwicklung haben wird, wenn er an Schärfe noch mehr zunimmt. Und die aktuell geplanten Sanktionen wegen der Ostsee Pipeline „Nord Stream 2“ durch die USA gegen Deutschland werden auch Auswirkungen auf unsere wirtschaftliche Entwicklung haben.

Wie schon erwähnt, haben auch wir Firmen in unserer Verbandsgemeinde, welche in andere Staaten der EU, nach Russland (teilweise sogar mit eigenen Niederlassungen) oder die USA und Asien exportieren und auch wir würden also einen Rückgang der Wirtschaftskraft schnell merken.

Nach zwei negativen Quartalen, was das Wirtschaftswachstum betrifft, haben wir im dritten Quartal wieder ein geringes Wachstum gehabt. Dies bedeutet für die Volkswirte, dass wir uns noch nicht in einer Rezession befinden. Auch die Bundesregierung geht in ihrem Herbstgutachten noch von einem Wachstum von 1,0 % für das kommende Jahr 2020 aus. Dies führt sie vor allem auf die weiterhin stabile Binnenkonjunktur zurück. Ebenso wird von einer weiterhin sehr geringen Arbeitslosenquote und allgemein steigenden Steuereinnahmen ausgegangen.

Für unseren Haushalt 2020 kann ich vermelden, dass wir nach einer Stagnation der Einnahmen 2019 – die in unserer Verbandsgemeinde entgegen dem allgemeinen Trend vorhanden war – für das kommende Jahr wieder mit steigenden Einnahmen rechnen dürfen. Dies ist u.a. auch darauf zurückzuführen, dass wir wieder höhere Gewerbesteuererinnahmen bei den Gemeinden haben. Auf die Zahlen werde ich gleich eingehen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass durch diese Entwicklungen in der Welt Prognosen in wirtschaftlicher, politischer oder gesellschaftlicher Hinsicht auch weiterhin einem Blick in die berühmte Glaskugel gleichen und wir daher bei allen Planungen vorsichtig und vorausschauend agieren sollten.

Beispielsweise muss nur ein Konflikt – nehmen wir mal die Türkei – weiter eskalieren und in einen „heißen“ Konflikt oder Krieg münden und schon nehmen die Flüchtlingsströme wieder zu. Dies würde unseren Haushalt wieder sehr schnell zusätzlich belasten.

Nehmen wir zum Schluss der allgemeinen Ausführungen ein anderes wichtiges Thema, das aktuell alle beschäftigt: den Klimaschutz.

Nachdem parallel zu unseren Haushaltsberatungen 2019 in Kattowitz die UN-Klimakonferenz stattfand, treffen sich die Fachleute aktuell in Madrid zur UN-Klimakonferenz. Parallel dazu hat die neue EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen verkündet, dass Europa bis 2050 als erster Kontinent klimaneutral werden soll. Realisiert werden soll dies mit ihrem Plan „Green Deal“. Es ist richtig, dass dieses

Thema oben auf der Agenda steht und wir endlich handeln müssen. Was uns aber bei diesem für die Menschheit wichtigen Thema nicht weiterbringt, ist Hysterie und Panikmache. Daher kann ich vielen Wissenschaftlern nur zustimmen, die fordern, machbare Lösungen umzusetzen und analytisch, realistisch und wissenschaftlich fundiert den Klimawandel einzudämmen anstatt in Panik und Weltuntergangsstimmung zu verfallen.

Wir arbeiten seit Jahren an der Umsetzung unseres eigenen Klimaschutzkonzeptes und haben auch in diesem Jahr wieder einige Projekte auf den Weg gebracht, Beschlüsse gefasst und umgesetzt, welche dem Klimaschutz und der Energieeinsparung dienen. Und auch für das kommende Jahr sind im Haushalt 2020 wieder einige Projekte im „Energie- und Klimaschutzbereich“ enthalten, die uns unserem selbst gesteckten Ziel ein Stück näherbringen. Jeder von uns ist hier gefordert und dazu gehört auch der ein oder andere persönliche Verzicht und die Änderung gewohnter Lebensweisen.

Kommen wir nun vor dem Hintergrund dieser globalen, europäischen und nationalen Entwicklungen zu den **gesamtwirtschaftlichen und auch politischen Rahmendaten**, die diesen Haushalt maßgeblich prägen und die auch in den folgenden Zahlen enthalten sind.

Die ersten Folien beinhalten die Gesamterträge/Einzahlungen sowie die Gesamtaufwendungen/Auszahlungen.

Folie 3 Zahlen kurz erläutern

Bei der Betrachtung dieser Zahlen ist ein Vergleich mit den Gesamterträgen/Einzahlungen sowie den Gesamtaufwendungen/Auszahlungen mit dem aktuellen Haushaltsjahr 2019 sinnvoll.

Im laufenden Haushalt für 2019 haben wir als Haushaltsvolumen die nachfolgenden Zahlen beschlossen:

Ergebnishaushalt

Gesamtbetrag Erträge	15.773.500 EUR
Gesamtbetrag Aufwendungen	16.970.150 EUR
Jahresfehlbetrag	- 1.196.650 EUR

Finanzhaushalt

ordentliche Einzahlungen	15.526.750 EUR
ordentliche Auszahlungen	15.710.200 EUR
Jahresfehlbetrag	- 183.450 EUR
abzüglich Tilgungszahlungen	- 892.350 EUR
	- 1.075.800 EUR

Anhand dieser Zahlen aus 2019 und 2020 erkennen wir, dass wir für das kommende Jahr wieder mit steigenden Erträgen, aber auch steigenden Aufwendungen kalkulieren.

2019 mussten wir noch einen Einbruch bei den Erträgen von 470.000 Euro verkraften, denen auch geringere Aufwendungen von 60.000 Euro gegenüberstanden.

Nun kalkulieren wir mit ca. 1,2 Mio. höheren Erträgen und rund 900.000 Euro Mehraufwendungen.

Somit können wir das Defizit im Ergebnishaushalt um rund 300.000 Euro gegenüber 2019 auf 900.000 Euro senken. Nachdem die Aufwendungen im letzten Jahr sogar leicht gesunken sind, ist dies – vor allem aufgrund steigender Personalkosten - im kommenden Jahr nicht möglich.

Wir partizipieren nun also wieder an den steigenden Steuereinnahmen, nachdem wir 2019 atypisch mit Einbrüchen kämpfen mussten.

Das gleiche Bild zeigt sich in ähnlicher Weise im Finanzhaushalt, in dem die Einnahmen und Ausgaben ebenfalls steigen.

Im Haushalt 2020 haben wir u.a. die Kosten für die Bewältigung der Flüchtlingsströme, wenn auch nicht mehr ganz so stark als in den letzten Jahren davor, veranschlagt. Durch die Tatsache, dass mehr Fälle abgearbeitet werden als dass neue hinzukommen, sinken die Kosten hier weiter.

Finanziell ist dies in unserem Haushalt daran zu erkennen, dass die Aufwendungen für Mietzahlungen ebenso wie die Erstattungen durch die Kreisverwaltung etwas sinken.

Allerdings erhalten wir in diesem Bereich weiterhin nicht alle Aufwendungen vom Land oder Bund erstattet, obwohl es sich hier eindeutig um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt. Hinzu kommt, dass wir auf den ein oder anderen Mietausgaben trotz Erstattungsanspruchs sitzen bleiben und aus dem eigenen Etat finanzieren müssen. Dies dürfte in den folgenden Jahren sicherlich noch zunehmen.

Als Verbandsgemeinde haben wir weiterhin jährliche Kosten von mittlerweile rund 300.000 Euro für Personal, Sprachkurse oder Kostenerstattung an die Caritas, welche uns fachlich mit einer Vollzeitkraft unterstützt. Seit Jahren fordern die Kommunen, dass hier eine Entlastung durch die Erstattung der Kosten kommen muss.

Wie wir in dieser Woche den Medien entnehmen durften, sollen die Städte und Landkreise 2020 einmalig zusätzlich 30 Millionen Euro für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen erhalten. Bisher war es in unserem Landkreis geübte Praxis, dass die Verbandsgemeinden 30% der den Landkreis zustehenden Gelder für ihre Aufwendungen erhielten. In diesem Jahr waren dies rund 80.000 Euro. Ob diese Praxis für die nun zusätzlich bereitgestellten Mittel im kommenden Jahr ihre Fortsetzung findet und wir dann noch etwas zusätzlich erhalten und damit unseren Haushalt etwas entlasten können, bleibt abzuwarten.

In diesem Zusammenhang kann ich bei den Zuweisungen des Landes vermelden, dass es hier keine strukturellen Veränderungen gibt. Noch immer sind die Kommunen in unserem Land im Vergleich zu anderen Ländern unterfinanziert. Von allen kommunalen Spitzenverbänden und dem Landesrechnungshof wird darauf hingewiesen, dass dies seit vielen Jahren der Fall ist. Verändert hat sich nichts und wie es aussieht, wird sich auch in Zukunft nicht ändern.

Daher sollte auch niemand in der kommunalen Familie den Eindruck erwecken, dass es nur ein Verteilungsproblem innerhalb der Kommunen gibt und dass deshalb die eine Ebene zugunsten der anderen Ebene verzichten sollte; egal, ob sie es nun finanziell kann oder nicht.

Es sind insgesamt im Landesfinanzausgleich zu wenig Mittel für alle Kommunen drin und daher sollten wir gemeinsam permanent auf diesen Missstand hinweisen und das Land auffordern, endlich hier tätig zu werden.

Dass dies so ist, kann leicht anhand einiger Zahlen erklärt werden. Ende 2018 hatten alle Kommunen in Deutschland 35,2 Mrd. Euro Kassenkredite. Diese Summe verteilt sich zu 85% auf lediglich drei Bundesländer:

Nordrhein-Westfalen mit 22,6 Mrd. Euro, Rheinland-Pfalz mit 5,3 Mrd. Euro und das Saarland mit 1,9 Mrd. Euro.

Der Rest von nur noch 15% oder rund 5 Mrd. Euro verteilt sich auf 13 Bundesländer. Das sagt einiges aus.

Auf Bundesebene gibt es ab 2020 eine Entlastung der Kommunen durch den Wegfall der Finanzierung des „Fonds Deutsche Einheit“. Dadurch entfällt die Gewerbesteuerumlage der Gemeinden an den Bund. Allerdings erhalten die Kommunen auf der anderen Seite weniger Schlüsselzuweisung B für den Ausgleich finanzieller Unterschiede vom Land. Ein Teil der Entlastung ist damit also schon wieder weg.

Im letzten Jahr hatte ich ausgeführt, dass es wenigstens auf Bundesebene einen weiteren Lichtschimmer durch die Bereitstellung der sog. Bildungsmilliarden gibt. Nachdem der Streit zwischen dem Bund und den Ländern über dieses Thema in diesem Jahr beigelegt wurde, können die Gelder fließen. Nach aktuellen Informationen sollen wir nun als Schulträger bis zu 450.000 Euro für die Digitalisierung der Grundschulen erhalten. Diese Einnahmen haben wir in der Finanzplanung für 2021 vorgesehen, da noch nicht alle Vorgaben abschließend geregelt bzw. vereinbart sind.

Die Umrüstung aller Grundschulen mit Hard- und Software (Stichwort: Tabletclassen) schließen wir Ende des Jahres ab, so dass wir für das kommende Jahr lediglich noch 50.000 Euro für Abschlussarbeiten im Rahmen des Projektes „Medienkompetenz macht Schule“ (Digitalpakt) eingeplant haben.

Aber wie ich im letzten Jahr ausgeführt habe, ist es mit der Bereitstellung der Hardware in den Klassenräumen und für die Schülerinnen und Schüler nicht getan. Wir müssen diese Technik dauerhaft warten und pflegen und nach einiger Zeit wieder erneuern. Ob dafür dann vom Bund und Land dauerhaft Geld fließt und nicht nur der genannte Betrag für die Erstausrüstung bleibt abzuwarten. Wir haben zumindest für 2020 Gelder vorgesehen, um eine Firma mit der Betreuung und Wartung der Hard- und Software an den Schulen zu beauftragen.

Insgesamt haben wir in Deutschland auch in diesem Jahr weiter steigende Steuereinnahmen, die dieses Mal auch in den Gemeinden der Verbandsgemeinde zu spüren sind. So haben wir im Berechnungszeitraum für den Haushalt 2020 Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 6.400.000 Euro nach 4.600.000 Euro im vorhergehenden Zeitraum. Dieser Anstieg ist der Hauptgrund für die steigenden Einnahmen aus der Verbandsgemeindeumlage.

Daran erkennen wir, wie wichtig es ist, dass wir weitere Gewerbegebiete gemeinsam mit unseren Gemeinden erschließen. So ist das neue Gewerbegebiet in Schornsheim nun komplett verkauft und die Bauarbeiten sind in vollem Gange und auch in Wörrstadt sieht man, dass das neue Gewerbegebiet mit Autohof nun erschlossen wird.

Diesen Weg, weitere Unternehmen anzusiedeln, müssen wir konsequent weitergehen.

Nach diesen Ausführungen will ich noch auf die gesetzliche Pflicht zum Haushaltsausgleich eingehen. Wir sind verpflichtet, sowohl den Ergebnis- als auch den Finanzhaushalt auszugleichen.

Im **Ergebnishaushalt** gelingt uns dies nur durch einen Rückgriff auf die vorhandene Rücklage. Diese beträgt aktuell nach Abzug des geplanten Fehlbetrages 2019 noch rund 2,2 Mio. Euro, so dass wir damit den Ergebnishaushalt ausgleichen können. Danach hätten wir insgesamt ohne weitere Veränderungen am Haushalt noch eine geplante Rücklage von 1,3 Mio Euro.

Allerdings gelingt uns dies nicht beim **Finanzhaushalt**. Hier haben wir keine Rücklagen. Wir dürfen hier nicht nur die Ein- und Auszahlungen betrachten, sondern wir müssen hier auch die Tilgung berücksichtigen und erwirtschaften.

Bereits in diesem Jahr fehlen uns laut Haushaltsplan rund 1,07 Million Euro in der Kasse. Wenn wir zu dieser Summe noch das kommende Jahr 2020 addieren, dann summiert sich der Fehlbetrag um weitere 800.000 Euro auf rund 1,9 Mio. Euro. Dieses Geld fehlt uns nach den jetzigen Planungen real in der Kasse, während es sich bei der Rücklage im Ergebnishaushalt sozusagen um „Buchgeld“ handelt, das nicht real in der Kasse vorhanden ist.

Ein Ausgleich dieses Defizits könnte hier nur gelingen, wenn wir die Einnahmeseite erhöhen würden. Dies wäre beispielsweise durch eine Erhöhung der VG-Umlage möglich.

Das würde dann allerdings dazu führen, dass wir auch ein geringeres Defizit im Ergebnishaushalt hätten und so unsere Rücklage weniger stark in Anspruch nehmen müssten. Die Folge wäre, dass wir weiterhin eine hohe Rücklage im Ergebnishaushalt hätten, diese nicht langsam abbauen, sondern im Extremfall sogar noch steigern würden.

Deshalb empfehlen wir ihnen diesen Schritt nicht. Jeder dürfte allerdings anhand dieser Ausführungen erkennen, dass für eine Senkung der Umlage auch kein Spielraum vorhanden ist.

Anhand dieser Zahlen erkennen sie, dass die beiden Haushaltssysteme Ergebnis- und Finanzhaushalt des doppelten Systems eigentlich nicht zusammenpassen und zu unterschiedlichen Ergebnissen und auch Problemen führen.

Ich kann nur immer wieder betonen, dass man damals eine klassische kaufmännische Buchführung wie bei unseren Eigenbetrieben hätte einführen sollen anstatt dieses Mischsystem aus kaufmännischer Buchführung und Kameralistik.

Diese Diskrepanz ist im Übrigen das Problem, das rechtlich noch nicht gelöst ist und wo es eine „Gesetzeslücke“ gibt. Es ist nicht die Frage, ob eine Verrechnung der Kapitelrücklage möglich ist, wie es im SPD-Antrag erwähnt wird.

Mir ist bewusst und die positiven Erfahrungen der letzten Jahre zeigen dies auch, dass wir im Vollzug das Haushaltsdefizit reduzieren dürften. Da wir allerdings noch nicht wissen, ob und wie dies der Fall ist, müssen wir anhand der Planzahlen unsere Entscheidungen treffen und nicht anhand irgendwelcher Vermutungen, Erwartungen oder Hoffnungen.

Kommen wir nun zur Zusammensetzung der Erträge, welche wir auf den nachfolgenden Folien dargestellt haben.

Folien 4, 5 und 6 Zahlen kurz erläutern.

Die Erträge setzen sich vor allem aus der VG-Umlage mit 10.280.950 Euro und den Schlüsselzuweisungen mit insgesamt 2.812.750 Euro zusammen (**Folie 6**). Die Entwicklung habe ich bereits eingangs erläutert. Bei den Schlüsselzuweisungen haben wir einen Rückgang von rund 170.000 Euro zu verkräften.

Dazu kommen noch Gebühren, Kostenerstattungen, Umlagen, Steuern und sonstige Erträge, welche anhand der bisherigen Erfahrungswerte konservativ veranschlagt wurden.

Bei diesen Folien erkennt man, dass die VG-Umlage 2019 bei den Gesamterträgen noch rund 60% ausmacht.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass wir durch die höhere VG-Umlage geringere Schlüsselzuweisungen des Landes erhalten.

Bei dem nun vorliegenden Haushalt haben wir keine gravierenden Veränderungen vorgenommen und es wurden die Schwerpunkte unserer Arbeit berücksichtigt, die wir für die zukünftige Entwicklung unserer Verbandsgemeinde für wichtig erachten. Es sind deshalb alle Punkte im Haushalt veranschlagt, die sie hier in den Gremien – oftmals einstimmig - beschlossen haben. Dies sehen sie zusammengefasst anhand der nächsten Folie.

Folie 7 Zahlen kurz erläutern

Nachdem wir wie erwähnt im Jahr 2019 bei den Gesamtaufwendungen keine Steigerung hatten, müssen wir in kommenden Jahr vor allem mit steigenden Personalaufwendungen kalkulieren, während die Sachaufwendungen nur geringfügig steigen.

Auf die Personal- und Sachaufwendungen gehe ich später noch näher ein.

In den Gesamtzahlen sind wieder die Kostenerstattungen unserer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR), der Tochtergesellschaften oder des Zweckverbandes Wißberg und anderer Institutionen als Erträge eingeplant.

Anhand dieser Zahlen erkennen sie, dass rund 47 % der Aufwendungen für Personalaufwendungen benötigt werden, also fast die Hälfte.

Auch in Zukunft müssen wir neben der kritischen Beobachtung und Prüfung der Aufwendungen auch dafür sorgen, dass die Einnahmegrundlagen in unserer Verbandsgemeinde weiter verbessert werden, wenn wir die finanzpolitischen Rahmendaten – und hier insbesondere die VG-Umlage – auf diesem Niveau halten wollen.

Beispielsweise gehört dazu, dass wir auch aus finanziellen Erwägungen heraus gemeinsam mit unseren Ortsgemeinden und der Stadt weitere Baugebiete ausweisen und durch die Ausweisung weiterer Gewerbegebiete weitere Firmen ansiedeln.

Bei den Zahlen für diesen Haushalt erkennen wir sehr schnell, dass mittelfristige Planungen schwierig sind und wir deshalb auch in Zukunft weiter vorsichtig planen und versuchen sollten, weiterhin eine finanzielle Reserve/Rücklage zu erwirtschaften bzw. das Haushaltsdefizit zurück zu führen.

Wie ich erläutert habe, können wir zumindest den Ergebnishaushalt nur durch den erwähnten Rückgriff auf die Reserven ausgleichen und damit unsere VG-Umlage weiterhin bei 34 % stabil halten. Meiner Ansicht nach müssen wir also den bisher gewählten Weg konsequent weitergehen, damit wir auch mittelfristig mit einer soliden Finanzplanung dafür sorgen können, dass wir unseren finanzpolitisch gradlinigen Kurs mit einer stabilen und gleichbleibenden VG-Umlage und einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung konsequent fortsetzen können.

Der gesamte Haushaltsausgleich für 2020 gelingt uns aufgrund der o.g. Ausführungen leider nicht. Wir haben zwar einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt, allerdings keinen ausgeglichenen Finanzhaushalt. Genügend Eigenkapital haben wir auch weiterhin.

Wir gehören auch weiterhin zu den Kommunen in Rheinhessen, die eine sehr niedrige VG-Umlage haben. Festzuhalten bleibt auch, dass wir keine Kredite zur Liquiditätssicherung, also „Kassenkredite“ zur Finanzierung der laufenden Ausgaben benötigen, sondern die geplanten Kredite nur für Investitionen aufnehmen wollen. Dies könnte und würde sich allerdings ändern, falls wir permanent einen unausgeglichenen Finanzhaushalt hätten.

Bevor ich noch auf verschiedene Entwicklungen näher eingehe, will ich noch den geplanten **Schuldenstand** zum Ende dieses Jahres erwähnen. Dieser beläuft sich – einschließlich der Kredite für die Bahnhofssanierungen, welche wir für die Gemeinden vorfinanzieren – auf 15,4 Mio. Euro.

In unserer Haushaltssatzung haben wir wieder eine Ermächtigung vorgesehen, die uns erlaubt, neue Zinssteuerungsinstrumente einzusetzen. Darüber hinaus sind dieses Mal vier Altersteilzeitfälle eingearbeitet.

Unseren Haushalt für das kommende Jahr 2020 können wir zusammenfassend folgendermaßen beschreiben:

- Wir betreiben eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik, die auf einen langfristigen Zeitraum ausgerichtet ist,

- wir haben seit Jahren eine sehr niedrige VG-Umlage in Rheinhessen,
- wir konnten durch die vorhandene Rücklage den Ergebnishaushalt ausgleichen,
- wir tätigen Investitionen in die von uns festgelegten Schwerpunkte und damit in die Zukunftsfähigkeit unserer VG,
- wir versuchen, den Schuldenstand niedrig und für die Finanzkraft unserer VG vertretbar zu halten,
- wir sind mit Eigenkapital gut ausgestattet und
- wir können sagen, dass die VG wirtschaftlich gut aufgestellt ist.

Kommen wir nun zu den **jeweiligen Erträgen und Aufwendungen, die ich Ihnen nachfolgend erläutere** und bei denen ich auf verschiedene Entwicklungen näher eingehen will, um einen Vergleich des Haushalts 2020 mit 2019 leichter zu ermöglichen.

Wie die Erträge verwendet werden, will ich nachfolgend zeigen. Nach den allgemeinen Ausführungen zu den Gesamtaufwendungen will ich zunächst auf die Entwicklung der Personalkosten seit 2007 (Einführung der Doppik) eingehen.

Folie 8 Entwicklung der Personalkosten

Auch im kommenden Jahr fallen die Personalauszahlungen (nicht Aufwendungen) höher aus, was auf folgende Punkte zurück zu führen ist.

Vor allem bei den Personalauszahlungen haben wir aufgrund der Tarifierhöhungen von rund 140.000 Euro, der Ausweisung neuer erforderlicher Stellen und der erstmaligen Berücksichtigung der Stellen für den Vollzugsdienst sowie höherer Aufwendungen für die Versorgungskasse der Beamten von 160.000 Euro einen Mehrbedarf von ca. 760.000 Euro.

Allein die Tarifierhöhungen und die höheren Zahlungen an die Versorgungskasse betragen somit schon rund 300.000 Euro.

Allerdings erhalten wir für einige neue Stellen auch Erstattungen von dritter Seite, beispielsweise durch eine Bundesförderung.

Folie 9 Stichpunkte für Personalkostensteigerung

Stichpunktartige Erläuterung der einzelnen Punkte:

- Kalkulierte Tarifierhöhung 2020 für Beschäftigte
- Tarifierhöhung 2019 für Beamte (3,2 und 2%)
- Neueinstellungen bzw. Weiterbeschäftigungen (**s. Folie**)
- Altersteilzeitfälle
- Höhergruppierungen

Anhand dieser Ausführungen erkennen sie, dass wir im Gegensatz zum laufenden Jahr Personalveränderungen von insgesamt ca. 5,0 Stellen eingeplant haben; darin sind vor allem auch Stellen für Azubis sowie befristet für Altersteilzeitfälle enthalten.

Vor allem im Bereich der Ausbildung wollen wir in den kommenden Jahren investieren. Deshalb haben wir einige Stellen für Auszubildende und für die

Einstellung von Beamtenanwärtern (dann insgesamt 4 Stellen) neu im Haushalt eingeplant.

Vor allem im Bereich der Beamten verlassen uns in wenigen Jahren einige Mitarbeiter, die in den Ruhestand wechseln, weshalb wir hier rechtzeitig die Weichen für den Nachwuchs stellen müssen.

Und da wir auf dem Arbeitsmarkt immer weniger geeignete Bewerber finden bzw. vor allem immer weniger Bewerbungen haben, müssen wir hier aktiv tätig werden.

Daneben wollen wir nun bei der vorgeschriebenen Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, dem Controlling und der Verstärkung unseres betriebswirtschaftlichen Personals aufgrund neuer Aufgaben, wie z.B. dem Thema Umsatzsteuer, vorankommen.

Kommen wir nun zu den Sachauszahlungen.

Folie 10 Zahlen näher erläutern

Die **Einzelpositionen im Ergebnis- und Finanzhaushalt**, auf die ich nachfolgend kurz eingehen will, spiegeln auch im kommenden Jahr die Aufgabenschwerpunkte

- Wirtschaft und Tourismus,
- Bildung und Familie,
- Energie und Umwelt
- Generationen

unserer VG wieder, welche auch die Zukunftsfähigkeit unserer Verbandsgemeinde sichern sollen.

Folie 11: Übersicht über die Sach- und Dienstleistungen

Die Kostensteigerungen resultieren u.a. aus höheren sonstigen Aufwendungen, Steigerungen bei den Energiekosten (wie aktuell im Strom- oder Gasbereich aufgrund der erfolgten Ausschreibungen festgestellt) oder infolge der Inflation, höheren Abschreibungen oder aufgrund neuer Anforderungen.

Im **Ergebnishaushalt**, in dem alle Aufwendungen und Erträge abgebildet sind, sind in diesen Zahlen beispielsweise die Kosten für Aktivitäten im Bereich der Energieeffizienz und des Klimaschutzes enthalten. Hier möchte ich insbesondere unsere Förderprogramme nennen. Durch diese Programme wollen wir die Bürger stärker animieren, im Bereich der Energieeinsparung aktiv zu werden und beispielsweise ihre Gebäude energetisch zu sanieren oder auf E-Mobilität umzusteigen. Das wir hier führend und auf dem richtigen Weg sind, zeigt die Tatsache, dass aufgrund der aktuellen Diskussionen immer mehr Kommunen wie beispielsweise die VG Wöllstein oder der Landkreis nun Klimaschutzkonzepte erstellen und/oder Klimamanager einstellen wollen.

Daneben sind Mittel für die weitere Umsetzung der Corporate Identity (CI) bzw. Corporate Design (CD) enthalten, wobei wir hier den Schwerpunkt im kommenden Jahr auf die Neugestaltung unserer Homepage legen wollen. Aufwendungen für die Fertigstellung verschiedener Konzepte, oder der Beginn der Neuaufstellung unseres Flächennutzungsplanes sind ebenso eingeplant wie die Weiterentwicklung unserer

Geoinformationssysteme (GIS). Hier wollen wir 2020 alle Friedhöfe digitalisieren, wofür wir 50.000 Euro veranschlagt haben.

Das überarbeitete Bauhofgutachten wird nach Information der Kommunalberatung nun auch bald vorliegen, so dass wir dieses Projekt in den Gremien dann weiter beraten können.

Im Tourismusbereich haben wir einen leicht erhöhten Zuschuss an unsere Tourismus GmbH eingeplant. Kommende Woche findet ein weiteres Abstimmungsgespräch mit der VG Nieder-Olm statt und wir wollen im kommenden Jahr bis zum Sommer soweit sein, dass unsere GmbH dann auch die Tourismusaktivitäten für die VG Nieder-Olm übernehmen kann.

Dieser Zusammenschluss ist richtungsweisend für unsere Region Rheinhessen und weitere Kommunen erkundigen sich bereits, wie wir den Tourismus voranbringen und hier agieren. Denn die einzelnen Tourismusorganisationen in Rheinhessen sollen enger zusammenarbeiten und sich zu größeren schlagkräftigen Einheiten zusammenschließen. Dies ist der Wunsch aller Akteure in diesem Segment.

Die Abschreibungen steigen im kommenden Jahr leicht und belaufen sich auf 1.063.700 Euro.

Weitere Positionen im Ergebnishaushalt sind die Aufwendungen für die sozialen Sicherungssysteme (Hartz IV und Grundsicherung), die Unterbringung von Asylbewerbern oder deren Betreuung durch die Caritas oder unser sehr erfolgreiches Bürgerbusprojekt. Hier haben wir auch im kommenden Jahr Mittel zum Leasen eines weiteren Busses im Haushalt veranschlagt. Inwiefern wir diese benötigen, wird sich dann zeigen.

Sowohl bei den Grundschulen, beim Angebot der betreuenden Grundschulen, bei der Ferien- und Hausaufgabenbetreuung wie auch bei den Feuerwehren haben wir die Budgets oder Ansätze auf dem Stand des Vorjahres belassen. Denn seit Jahren sind wir alle hier im Rat zu Recht der Ansicht, dass wir in diesen beiden Bereichen, in denen viel ehrenamtliches Engagement für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger oder die Zukunft unserer Kinder steckt, keine Kürzungen vornehmen sollten. Was die Digitalisierung betrifft, habe ich vorhin schon einige Ausführungen getätigt.

Bei der Gebäudeunterhaltung haben wir für das kommende Jahr insgesamt 329.000 Euro für verschiedene Maßnahmen vorgesehen. Hier haben wir eine Reduzierung vorgenommen, da wir durch Personalausfälle aufgrund Krankheit und temporärer Vertretungen davon ausgehen, dass wir nun diese Projekte umsetzen können. Dennoch gehen wir auch hier weiter den Weg, einen Sanierungsstau zu verhindern. Höherer Ausgaben haben wir dagegen für die Unterhaltung der Außenanlagen vorgesehen, da wir u.a. im kommenden Jahr einige Spielgeräte an den Grundschulen erneuern müssen.

Im kulturellen und sozialen Bereich sind ebenfalls wieder entsprechende Mittel eingeplant. Damit wollen wir die Arbeit unseres Jugendpflegers (Stichwort NOAF) unterstützen, Konzerte und Veranstaltungen wie das 41. VG-Weinfest durchführen oder die Arbeit der Agenda 21-Gruppen fördern. Hier haben wir aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Zentrales und Finanzen eine 450-Euro-Kraft als Assistenz und für die Unterstützung der ehrenamtlich Aktiven erstmals eingeplant.

Folie 12: Übersicht über die Umlagen, usw.

Die Kreisumlage soll im kommenden Jahr bei 44,9% konstant bleiben.

Der Zuschuss für unser Neuborn-Schwimmbad als eine wichtige Freizeiteinrichtung in unserer VG beläuft sich im kommenden Jahr auf 305.000 Euro und ist etwas niedriger als im aktuellen Jahr. Grund dafür ist die Tatsache, dass wir die Erneuerung der Solaranlage im letzten Jahr über einen erhöhten Zuschuss an das Neubornbad finanziert haben und diese Kosten logischerweise im kommenden Jahr nicht mehr anfallen.

Im **Finanzhaushalt** haben wir viele Investitionen vorgesehen, wobei ich neben der Darstellung der Gesamtsumme lediglich auf größere Investitionen eingehen will:

Folien 13, 14, 15, 16,17, 18 und 19: Investitionstätigkeit 2020

Die Praxis der Vorjahre, dass wir Investitionen neu veranschlagen, wenn sie noch nicht begonnen wurden, haben wir auch bei der Erstellung des neuen Haushaltes beibehalten. Dies dient vor allem der Transparenz.

Lediglich bei Projekten, die sich mitten in der Umsetzung befinden, schlagen wir dem VG-Rat im kommenden Jahr wieder eine Übertragung der Ermächtigungen vor. Zu den einzelnen Projekten komme ich noch.

Die Bereiche Schule, Umwelt (Hochwasserschutz, Renaturierung), Brandschutz oder Tourismus (Radwegebau) sind wie in den Vorjahren Schwerpunkte unserer Investitionen.

Bei den Schulen sind vor allem große Sanierungen in Wörrstadt und Schornsheim vorgesehen.

Weitere größere Positionen sind der Neubau von Feuerwehrgerätehäusern in Vendersheim und Sulzheim oder der Umbau des Feuerwehrgerätehauses Saulheim. Daneben setzen wir die Sanierung des Hauptgebäudes unserer Verwaltung fort.

Insgesamt haben wir Investitionen von rund 4,0 Mio. Euro vorgesehen.

Zum Abschluss meiner Ausführungen zum VG-Haushalt will ich noch erläutern, wie wir diese Investitionen finanzieren wollen und wie hoch die Nettokreditaufnahme ist.

Folien 20 und 21 kurz erläutern

Auch in diesem Jahr möchte ich darauf hinweisen, dass wir überdurchschnittlich stark diese Schulden tilgen, nämlich aktuell mit fast 940.000 Euro jährlich und dass wir sehr niedrige Zinssätze haben, die teilweise sogar bis zum Ende der Kreditlaufzeit vereinbart sind.

Meine Damen und Herren Ratsmitglieder,
nach diesen Ausführungen zu unserem Haushalt kommen wir nun zu unserem Eigenbetrieb Abwasser,

wie geplant haben wir das Jahr 2018 mit einem leichten Überschuss abgeschlossen. Auch für dieses Jahr haben wir einen kleinen Überschuss geplant. Ebenso für das kommende Jahr. Diese dienen dazu, das vorhandene Defizit weiter planmäßig abzubauen.

Daneben liegt im laufenden Betrieb wieder ein Schwerpunkt auf den Kanalsanierungsmaßnahmen. Denn wir müssen permanent in unser Kanalnetz investieren, um es auf einem sicheren Niveau zu halten.

Auch im kommenden Jahr haben wir keine Gebührenerhöhung geplant, was für unsere Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Nachricht ist.

Nachdem wir 2018 die Betriebsführung der Kläranlage Gau-Bickelheim von der VG Wöllstein übernommen haben und nun viele Erfahrungswerte haben, hat der Eigenbetrieb den Wirtschaftsplan vollkommen neugestaltet und umstrukturiert. Meiner Ansicht nach ist er nun viel verständlicher und besser lesbar.

Auf unserer heutigen Tagesordnung steht als weiterer Punkt die Änderung der Betriebssatzung. Hier schlagen wir Ihnen zukünftig die Aufteilung der Werkleitung auf einen technischen und einen kaufmännischen LeiterIn vor. Dies ist zum einen damit begründet, dass unsere Werke weiter wachsen und die Aufgaben zunehmen. Zum anderen wird unser jetziger Werkleiter 2021 in den Ruhestand gehen und wir wollen frühzeitig die Weichen für die Zukunft und eine gute Weiterentwicklung unserer Werke stellen.

Im diesjährigen Wirtschaftsplan hatten wir eine halbe Ingenieursstelle neu vorgesehen. Diese Stelle wollen wir nun im Januar 2020 auch besetzen. Die Suche nach einer geeigneten Person gestaltete sich noch schwieriger als gedacht. Mit dieser Personalverstärkung wollen wir die Sanierungsrate im Kanalbereich weiter erhöhen, damit wir die zur Verfügung stehenden Mittel auch verbauen können.

Größte Einzelmaßnahme und auch größte Maßnahme der gesamten Verbandsgemeinde ist die Erweiterung und der Umbau der KA Gau-Bickelheim. Im kommenden Jahr wollen wir nun nach einem Jahr der Planungen und Abstimmungen mit den ersten großen Arbeiten beginnen. Aus diesem Grund haben wir erstmals seit längerer Zeit auch wieder eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3.729.600 Euro vorgesehen. Wir wollen die meisten Aufträge im kommenden Jahr vergeben, weshalb wir hier auch eine Ermächtigung über 2020 hinaus benötigen. Denn die Bauarbeiten werden mehrere Jahre gehen. Zur weiteren Finanzierung ist auch eine Kreditaufnahme von 3.141.000 Euro geplant.

Eine weitere noch intensivere Zusammenarbeit mit den Abwasserbetrieben der VG Wöllstein wird aktuell geprüft und die Ergebnisse werden bald vorliegen. Wir wollen voraussichtlich im Januar/Februar eine gemeinsame Sitzung beider Werksausschüsse durchführen, um die weitere Strategie zu beraten.

Bei der Klärschlammverwertung sind wir neue strategische Wege durch die Gründung einer AöR „Klärschlammverwertung Kommunal RLP“ in Zusammenarbeit mit dem GStB gegangen. Diese AöR hat u.a. Anteile an der thermischen Klärschlammverwertungsanlage Mainz (TVM) erworben, so dass wir dann unseren Klärschlamm direkt in Mainz in die Verbrennung bringen können. Für dieses Projekt

sind auch Ansätze im Wirtschaftsplan vorhanden. Die Fertigstellung der TVM verzögert sich allerdings etwas und wir merken auf dem Markt, dass die Preise für die Klärschlammverwertung, sowohl was die Verbringung auf Äcker als auch die thermische betrifft, massiv steigen.

Unsere damalige Entscheidung der indirekten Beteiligung an der TVM war die richtige Entscheidung, wenn wir weiterhin langfristig planbare und gute Preise für die Klärschlamm Entsorgung haben wollen.

Insgesamt steht unser Abwasserbetrieb damit wirtschaftlich und technisch gut dar und wir haben keinen Investitionsstau.

Kommen wir daher nun zu einigen Zahlen unseres Eigenbetriebes Abwasser:

Folien 22 und 23

Neben der erwähnten Investition in die Kläranlage Gau-Bickelheim, dem Anschluss von Vendersheim an diese Anlage, der weiteren Ertüchtigung von Regenüberlaufbauwerken und Investitionen in die Technik der anderen Kläranlagen haben wir wieder über 1,0 Mio. Euro für die Sanierung oder Erneuerung unserer Kanäle eingestellt.

Daneben planen wir den Bau einer Schlammhalterhalle an der KA Saulheim und den Kauf einer weiteren Zentrifuge für die KA Gau-Bickelheim.

Für die Erschließung von Bau- und Gewerbegebieten haben wir im Wirtschaftsplan ebenfalls größere Summen eingeplant.

Der Wirtschaftsplan des Wirtschaftsjahres 2020 schließt somit im Erfolgsplan mit den auf der Folie genannten Erträgen und Aufwendungen. Im Vermögensplan sind Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 8.498.625 Euro veranschlagt. Wie auch in den Vorjahren wurden die Ansätze des Wirtschaftsplanes aufgrund der zu erwartenden Erträge und Aufwendungen, sowie der Einnahmen und Ausgaben ermittelt.

Kommen wir zum Schluss zu unserem Eigenbetrieb „Neubornbad“:

Vor wenigen Wochen haben wir das Konzept zur Neugestaltung des erworbenen Grundstücks neben dem Neubornbad von der Hochschule bekommen. Dieses Konzept wollen wir Anfang des Jahres in den Gremien beraten und die weitere Vorgehensweise beschließen. Damit dies möglich ist, haben wir 10.000 Euro für Planungen im Etat vorgesehen. Daneben wollen wir 20.000 Euro in weitere Sicherheitsmaßnahmen unserer Chlorgasanlage investieren sowie eine Ersatzbeschaffung eines Dienstfahrzeuges vornehmen.

Folien 24 und 25

Insgesamt schließt der Erfolgsplan in Aufwendungen und Erträgen mit 521.370 Euro ab, wobei in dieser Summe der Zuschuss der Verbandsgemeinde in Höhe von 305.000 Euro wie erwähnt enthalten ist.

Natürlich hoffen wir, dass wir im kommenden Jahr wieder eine so gute Badesaison durch schönes Wetter bekommen wie in diesem Jahr. Denn dann könnten wir den

Zuschuss entsprechend senken. Dies ist uns für das Jahr 2018 gelungen und aufgrund des guten Wetters in diesem Jahr können wir auch 2019 den geplanten Zuschussbedarf verringern.

Im Stellenplan haben wir eine Reduzierung der Stellen von 4,0 auf 3,5 Stellen vorgesehen. Damit dürften wir aus Sicht der Werkleitung den Badebetrieb ohne Schwierigkeiten sicherstellen können.

Der Vermögensplan schließt mit Einnahmen und Ausgaben von 113.290 Euro ab. Diese Summe beinhaltet neben den genannten Investitionen vor allem die Kosten für die Tilgung der Darlehen.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich zum Schluss kommen:

Auch im vierzehnten doppelten Haushalt sind wieder Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer VG enthalten und wir stellen die richtigen Weichen.

Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, besonders unserem Kämmerer, Herrn Jung sowie Herrn Pietrzeniuk, Frau Blair und Herrn Koch danken. Ohne diese sehr gute Arbeit hätte ich Ihnen diesen Plan heute nicht vorlegen können.

Entsprechend der Praxis der Vorjahre wird es zu den Punkten 9 bis 11 jeweils getrennte Abstimmungen geben.

Der Ausschuss für Zentrales und Finanzen und die Werksausschüsse empfehlen Ihnen einstimmig (bei drei Enthaltungen) die Annahme dieser Pläne. Hierbei möchte ich mich für die sehr guten Beratungen bei allen Ausschussmitgliedern bedanken.

Vielen Dank.